



Europa-Info-Mail

für das Münsterland . April/Mai 2008

Dr. Markus Pieper, MdEP



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

Europa ist in guter Verfassung. Damit das auch zukünftig so bleibt, ist es unbedingt notwendig, dass der Ende letzten Jahres dank unserer Bundeskanzlerin und damaligen EU-Ratsvorsitzenden Angela Merkel wieder in Schwung gebrachte Reformprozess nicht aufgehoben wird. Vor wenigen Tagen hat der Deutsche Bundestag dem Vertrag von Lissabon zugestimmt, der Bundesrat wird Ende Mai folgen. Fast die Hälfte der 27 EU-Mitgliedstaaten hat damit bereits den Vertrag von Lissabon ratifiziert. Alle Europäer hoffen, dass dieses große Projekt nicht in Irland scheitern wird. Denn dort ist - im Gegensatz zu allen anderen 26 Mitgliedstaaten - eine Volksabstimmung vorgesehen.

Der Vertrag von Lissabon wird Europa wieder handlungsfähig machen. Die EU wird in der Lage sein, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts in einem Europa mit 27 Mitgliedstaaten und fast 500 Millionen Bürgern zu meistern.

Nun heißt es also Daumen drücken, dass sich die Iren im Juni für den Vertrag von Lissabon entscheiden. Dann könnte er pünktlich zum 1. Januar 2009 in Kraft treten.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Pieper, MdEP

Besuchen Sie meine **Internetpräsenz:**
www.markus-pieper.eu

Dr. Markus Pieper, MdEP

Europäisches Parlament . Rue Wiertz, ASP 15 E 217 . B-1047 Brüssel
Telefon +32-2-284.53.05 . Fax +32-2-284.93.05
markus.pieper@europarl.europa.eu . www.markus-pieper.eu

Europa-Info-Mail

für das Münsterland . April/Mai 2008

Dr. Markus Pieper, MdEP



CDU

Inhaltsverzeichnis (1)

| | |
|--|-----------------|
| Thema des Monats | <i>Seite 4</i> |
| _ EU-Agrarpolitik: Marktöffnung bietet neue Chancen | <i>Seite 4</i> |
| Aus den europäischen Institutionen | <i>Seite 5</i> |
| _ Gründung einer Fußballpolizei für ganz Europa? | <i>Seite 5</i> |
| _ Europol: Schlagkraft der europäischen Polizei stärken | <i>Seite 5</i> |
| _ EU-Kommission kommt Parlament bei den Agenturen entgegen | <i>Seite 5</i> |
| _ EU-Transparenzinitiative bringt Klarheit für Strukturfonds | <i>Seite 6</i> |
| _ Kommission muss slowakischen Beitritt zur Eurozone prüfen | <i>Seite 6</i> |
| _ Das Europäische Parlament ist 50 geworden | <i>Seite 6</i> |
| Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz | <i>Seite 7</i> |
| _ Mehr Zeit für Umsetzung der Feinstaubrichtlinie | <i>Seite 7</i> |
| _ Waffenrecht wurde verschärft | <i>Seite 7</i> |
| _ Meeresstrategie für "gesunde" Meeresgewässer | <i>Seite 7</i> |
| _ Hochwasserrichtlinie in Kraft getreten | <i>Seite 8</i> |
| _ Irreführende Werbung verboten | <i>Seite 8</i> |
| _ Verschärfung der Vorschriften für Spielzeugsicherheit | <i>Seite 8</i> |
| _ Haustürgeschäfte | <i>Seite 9</i> |
| _ Kennzeichenpflicht für Lebensmittel | <i>Seite 9</i> |
| _ Verbraucherkredite - mehr Transparenz für die Bürger | <i>Seite 9</i> |
| Wirtschaft, Energie und Verkehr | <i>Seite 10</i> |
| _ Bessere Nutzung von Binnenwasserstraßen | <i>Seite 10</i> |
| _ Vorbereitung einer Gesundheits-Dienstleistungsrichtlinie | <i>Seite 10</i> |
| _ Reduzierung des Straßenverkehrslärms | <i>Seite 10</i> |
| _ Versendung von SMS aus dem Ausland soll billiger werden | <i>Seite 10</i> |
| _ SEPA, IBAN, BIC und EAPS | <i>Seite 11</i> |
| _ Forderung nach Straßenbenutzungsgebühren | <i>Seite 11</i> |
| _ Keine EU-weite einheitliche Körperschaftssteuer | <i>Seite 11</i> |
| EU-Erweiterung | <i>Seite 12</i> |
| _ Türkei-Beitritt noch teurer als erwartet | <i>Seite 12</i> |
| _ Unterstützung für EU-Mitgliedschaft Kroatiens | <i>Seite 12</i> |
| _ Starkes Signal für EU-Mitgliedschaft Mazedoniens | <i>Seite 12</i> |



Europa-Info-Mail

für das Münsterland . April/Mai 2008

Dr. Markus Pieper, MdEP

Inhaltsverzeichnis (2)

| | |
|---|-----------------|
| Kommunales | <i>Seite 13</i> |
| _ Umweltfreundliche Fahrzeuge | <i>Seite 13</i> |
| _ CO2-Ziel übertreffen | <i>Seite 13</i> |
| Förderung und Termine | <i>Seite 14</i> |
| _ Comenius-Programm | <i>Seite 14</i> |
| _ Sportförderung durch die Europäische Kommission | <i>Seite 14</i> |
| _ Grenzregionen gestalten Europa | <i>Seite 14</i> |
| Regionales | <i>Seite 15</i> |
| _ Arbeit für das Münsterland | <i>Seite 15</i> |
| _ Zu Besuch in Straßburg und Brüssel | <i>Seite 15</i> |
| Zu guter Letzt ... | <i>Seite 16</i> |
| _ Merkel erhält Karlspreis 2008 | <i>Seite 16</i> |

Thema des Monats

EU-Agrarpolitik: Marktöffnung bietet neue Chancen

Eine stärkere Marktöffnung sowie die Vereinfachung der bestehenden Instrumente sind der richtige Weg für eine "gesunde" Überprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik bis 2013. Mitte März hatte das Europäische Parlament über die Bewertung (den so genannten "Health Check") der Gemeinsamen Agrarpolitik abgestimmt. Ich halte die Zeit endgültig für reif, Regulierungsinstrumente wie Quotensteuerung, Flächenstilllegungsverpflichtungen, Tierprämien, Exporterstattungen und Interventionspreise abzuschaffen bzw. grundlegend zu reformieren. Mit Blick auf die global steigende Nahrungsmittelnachfrage bietet mehr Marktwirtschaft in der Agrarpolitik auch mehr Chancen für die europäische Landwirtschaft. Zu begrüßen ist deshalb auch die vom EU-Parlament geforderte freiwillige nationale Anhebung der Milchquote um 2%, um das Auslaufen der Milchquote bis 2015 stufenweise vorzubereiten.

Besorgt bin ich jedoch über einige Kompromiss-Formulierungen im Bericht, die die Marktöffnung wieder in Frage stellen könnten. Die Marktöffnung muss unumkehrbar sein. Ausnahmeregeln wie etwa bei der Milch müssen auf wirklich strukturschwache Regionen beschränkt bleiben und dürfen nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen.

Die Europäische Kommission legte die Mitteilung mit ersten Überlegungen zum "Gesundheitscheck" der Agrarpolitik bereits Ende November 2007 vor. Darauf reagierte das Europäische Parlament mit seiner Entscheidung Mitte März. Die Kommission plant nun, Ende Mai 2008 die notwendigen Legislativvorschläge zu veröffentlichen, in die die Stellungnahme des EU-Parlaments einfließen soll. Bis Ende 2008 sollen dann die neuen Regeln in Kraft treten.

Gründung einer Fußballpolizei für ganz Europa?

In der Europäischen Kommission wird über die Bildung einer Sportpolizei nachgedacht, die bei großen Sportereignissen in ganz Europa einsetzbar sein soll. Die Uefa hatte im Vorfeld der Fußball-Europameisterschaft 2008 angeregt, eine auf Sportveranstaltungen spezialisierte europäische Polizei zu schaffen. Anders sei das Problem von Gewalt und Rassismus bei großen Sportereignissen nicht in den Griff zu bekommen. Ziel sei es, standardisierte Kriterien für die Ausbildung von Ordnern in Stadien und besondere Spezialeinheiten zu schaffen, die in ganz Europa bei internationalen Veranstaltungen eingesetzt werden können. Ein Pilotprojekt zur einheitlichen Schulung von Polizeibeamten soll bereits vor der Europameisterschaft 2008 anlaufen. Angekündigt wurde ebenfalls ein verstärkter Datenaustausch zwischen den EU-Staaten über gewalttätige Personen und Gruppen.

Europol: Schlagkraft der Europäischen Polizei stärken

Die europäische Polizeibehörde Europol wird künftig flexibler auf die Herausforderungen der Kriminalitätsbekämpfung reagieren. Nach der Erweiterung des Schengen-Raums im Dezember 2007 hat das Europäische Parlament Ende Januar einen neuen Rechtsrahmen verabschiedet, der größere Flexibilität garantiert. Dies wird zu einer Beschleunigung der Verfahren führen. Bisher hatte Europol einen Sonderstatus, basierend auf starren, internationalen Abkommen. Unsere EU-Polizei ist nun fit, um auf akute Bedrohungen, neue Formen von Straftaten und Terror-Planungen schnell zu reagieren. Außerdem erhalten das Europäische Parlament und der Gerichtshof bessere Kontrolle. Dadurch bekommen wir mehr Transparenz. Das kann für die Legitimation und Akzeptanz der Polizeizusammenarbeit nur von Nutzen sein.

EU-Kommission kommt Parlament bei den Agenturen entgegen

Die Europäische Kommission hat sich nach Druck des Europäischen Parlaments Mitte März dazu entschieden, den Vorschlag für ein interinstitutionelles Abkommen über die EU-Agenturen zurückzuziehen. Ziel dieses Abkommens war es, die Anbindung der Agenturen an die EU-Kommission sowie die Gründung weiterer Agenturen mit einer Rechtsgrundlage zu versehen. Das Europäische Parlament hingegen übte bereits seit Jahren Kritik an diesem Vorschlag, die nun endlich erhört wurde. Damit sind die Pläne von Kommission und Rat vom Tisch, die Arbeit der EU-Agenturen mit der unklaren Anbindung an die Kommission sowie die Gründung weiterer Agenturen

EU-Transparenzinitiative bringt Klarheit für Strukturfonds

Das Europäische Parlament will die Empfänger von EU-Subventionen offen legen. Das forderten die Abgeordneten Ende Februar in einer Entschließung zur Transparenz europäischer Ausgaben. Die Veröffentlichungspflichten der Subventionsempfänger bringen endlich die notwendige Information, um Klarheit über die Vergabe der EU-Strukturfonds, insbesondere der direkten Betriebsbeihilfen, zur erhalten. Nur wenn wir wissen, welcher Betrieb wann wie viel bekommt, können wir auch die nationale Umsetzung europäischer Zielsetzungen klar bewerten. Auch eine Förderung von Betriebsverlagerungen innerhalb der Europäischen Union kann erst auf Basis einer vollständigen Transparenz wirksam erfasst werden.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0051+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Kommission muss slowakischen Beitritt zur Eurozone intensiv prüfen

Im Vorfeld der bevorstehenden Entscheidung über einen möglichen Beitritt der Slowakei zur Eurozone fordert das Europäische Parlament von EU-Währungskommissar Almunia eine intensive Prüfung des slowakischen Beitrittsgesuchs und der wirtschaftlichen Basisdaten. Angesichts des hohen Wirtschaftswachstums bei gleichzeitigem Lohnverzicht und einem faktischen Moratorium bei den Energiepreisen droht eine explodierende Inflationsrate. Damit ist das vertraglich festgelegte Kriterium der Nachhaltigkeit bei der Inflationsrate ernsthaft gefährdet. Dies hätte gravierende Auswirkungen auf Wachstum und Währungsstabilität im gesamten Euroraum. Auch die EZB hat bereits deutlich gemacht, dass eine überstürzte Einführung des Euros in der Slowakei zur 'Zeitbombe' werden könnte.

Das Europäische Parlament ist 50 geworden

Mit einer offiziellen Feier hat das Europäische Parlament am 12. März 2008 seinen 50. Geburtstag begangen. Im März 1958 versammelten sich die europäischen Abgeordneten zum ersten Mal in Straßburg. In den vergangenen 50 Jahren hat sich das EP von der "Europäischen Parlamentarischen Versammlung" mit 142 nominierten Abgeordneten und nur vier offiziellen Sprachen hin zu einem direkt gewählten Parlament mit 785 Abgeordneten aus 27 Nationen und 23 verschiedenen Amtssprachen entwickelt. Das Europäische Parlament hat sich im Laufe der Jahrzehnte immer mehr Rechte erstritten und macht seinem Namen heute alle Ehre.

Mehr Zeit für Umsetzung der Feinstaubrichtlinie

Die Gemeinden erhalten im Kampf gegen die Feinstaubbelastung etwas mehr Zeit. Die novellierte Feinstaubrichtlinie ändert jedoch nichts an den bestehenden Grenzwerten für den normalen Feinstaub. Diese seit 2005 geltenden Grenzwerte wurden trotz temporärer Fahrverbote und Restriktionen für LKWs in Deutschland und 22 anderen EU-Staaten regelmäßig überschritten. Nach der novellierten Richtlinie müssen diese Grenzwerte nun erst ab 2012 eingehalten werden. Das gilt jedoch nur, wenn die Mitgliedstaaten nachweisen können, dass auf „nationaler, regionaler und lokaler Ebene“ alles getan wurde, um die Grenzwerte einzuhalten. Darüber hinaus sollen ab 2015 auch verschärfte Grenzwerte für allgemeine Wohngebiete gelten. Weitere Einzelheiten unter

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-14646-344-12-50-911-20071210IPR14640-10-12-2007-2007-false/default_de.htm

Waffenrecht wurde verschärft

In der EU wurde das Waffenrecht verschärft. Künftig muss der Besitzer einer Waffe in einem elektronischen Waffenbuch seines Heimatlandes registriert sein und einen Europäischen Feuerwaffenpass besitzen. Verkauf von Schusswaffen an Personen unter achtzehn Jahren wird verboten. Minderjährige Sportschützen oder Jäger dürfen aber auch künftig mit Erlaubnis der Eltern und unter Aufsicht Erwachsener mit Waffen hantieren. Und noch eine für die Praxis wichtige Regelung: Jäger und Sportschützen, die durch zwei oder mehr Mitgliedstaaten reisen, um an einer Jagd teilzunehmen oder ihrem Sport nachzugehen, dürfen ohne vorherige Erlaubnis eine oder mehrere Feuerwaffen mitführen, sofern sie den für diese Waffe(n) ausgestellten Europäischen Feuerwaffenpass besitzen. Weitere Einzelheiten unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1813&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=de>

Meeresstrategie für "gesunde" Meerestgewässer

Das Europäische Parlament hat eine Richtlinie zur Meeresstrategie verabschiedet. Ziel dieser Richtlinie ist, dass bis zum Jahr 2020 alle Meerestgewässer der EU ökologisch gesund sind. Für die Gewässer in den einzelnen Meeresregionen, die von den Mitgliedstaaten verwaltet werden, müssen maßgeschneiderte Strategien entstehen, die in mehreren Etappen umzusetzen sind. In einem ersten Schritt ist es an den Mitgliedstaaten, die größten Bedrohungen in den einzelnen Meeresregionen festzustellen. Danach definieren sie, was unter einem guten Umweltzustand zu verstehen ist, um schließlich Ziele und Überwachungsprogramme zu erarbeiten. Weitere Einzelheiten unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1894&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=en>

Hochwasserrichtlinie in Kraft getreten

Ende letzten Jahres ist die neue Hochwasserrichtlinie in Kraft getreten, die die nachteiligen Folgen von Hochwasserkatastrophen mindern und entsprechende Prävention europaweit einführen will. Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, die am stärksten gefährdeten Flussläufe und Küstengebiete zu kartieren und für diese Hochwasserrisikokarten und Managementpläne aufzustellen. Die Richtlinie schreibt grenzübergreifende Absprachen über das Management und den Schutz der Bürger vor und setzt ein Recht auf Information und Beteiligung für die Öffentlichkeit fest.

Einzelheiten (in Englisch) unter

http://ec.europa.eu/environment/water/flood_risk/index.htm

Irreführende Werbung verboten

Die Vorschriften zum Schutz vor irreführender Werbung und aggressiver Verkaufspraktiken sind EU-weit verschärft worden. Verboten werden u. a. das Bewerben von Produkten mit dem Attribut „kostenlos“, wenn sie es nicht sind, und Angebote, die beim Kind ein Anspruchsverhalten wecken. Diese und zahlreiche andere Methoden, denen die neue Richtlinie gegen unlautere Geschäftspraktiken Einhalt gebieten soll, stehen auf einer umfangreichen schwarzen Liste, die von der Europäischen Kommission veröffentlicht wurde.

Weitere Einzelheiten unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1915&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=de>

Verschärfung der Vorschriften für Spielzeugsicherheit

Die EU-Vorschriften zur Sicherheit von Spielzeug werden verschärft. Nach der von der Europäischen Kommission vorgelegten neuen EU-Spielzeugrichtlinie wird u. a. den Importeuren die Verantwortung für die Sicherheit des eingeführten Spielzeugs zugewiesen. Die Hersteller werden verpflichtet, eine umfassende technische Dokumentation für alle ihre Spielzeuge vorzulegen, anhand derer die Marktüberwachungsbehörden Entwurf und Herstellung überprüfen können. Weitere wichtige Regelungen sind das Verbot krebserregender, erbgut- oder fortpflanzungsgefährdender Stoffe, die Absenkung der Grenzwerte für gefährliche Stoffe (Blei und Quecksilber) und das Verbot allergener Duftstoffe. Weiterhin sind strengere Vorschriften für Kleinteile (die verschluckt werden können) und das Verbot von Spielzeug, das erst nach Verzehr eines Lebensmittels zugänglich wird, vorgesehen. Weitere Einzelheiten unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/91&format=HTML&aged=0&language=DE>

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

Haustürgeschäfte

Die Richtlinie über Haustürgeschäfte wird derzeit überarbeitet. Zu den Anwendungsproblemen dieser seit 20 Jahren geltenden Richtlinie (85/577/EWG) wurde eine Online-Anhörung durchgeführt. Insbesondere folgende Bereiche wurden dabei zum Gegenstand der Befragung gemacht: Immobiliengeschäfte, Kündigungsrecht, Widerrufsrecht und zeitliche Beschränkungen.

Die Fragestellungen im Rahmen der Konsultation

http://ec.europa.eu/consumers/cons_int/safe_shop/door_sell/doorstepselling_discussionpaper.pdf

Kennzeichenpflicht für Lebensmittel

Die Kennzeichenpflicht für Lebensmittel soll verschärft werden. Ausgelöst durch Studien über Fettleibigkeit und Ernährungsverhalten sollen nach einem Verordnungsentwurf der Europäischen Kommission von Ende Januar künftig auf der Vorderseite aller Verpackung Nährwertangaben in einer Mindestschriftgröße von drei Millimetern angegeben werden. Neben Zutatenliste, Herstelleradresse, Herstellungs- und Verfallsdatum soll künftig auch der absolute Energiewert für 100 Gramm und Milliliter, sowie die Anteile an Kohlenhydraten, Zucker, Fetten, gesättigten Fettsäuren und Salz ausgewiesen werden. Zum Schutz von Allergikern ist auf das Vorhandensein von Allergien auch hinzuweisen, wenn die Lebensmittel unverpackt sind oder in Restaurants bzw. Cateringbetrieben abgegeben werden. Die neuen Vorschriften sollen bereits ab 2009 gelten, bedürfen aber der keineswegs gesicherten Zustimmung von Rat und Parlament. Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/112&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=en>

Verbraucher Kredite - mehr Transparenz für die Bürger

Mit einer neuen EU-Richtlinie für Verbraucher Kredite soll EU-weit gesichert werden, dass die Verbraucher Konsumentenkredite in voller Kenntnis der tatsächlich anfallenden Kreditkosten aufnehmen können. Dazu müssen den Verbrauchern EU-weit vergleichbare Standard-Informationen erteilt werden, u. a. über den Gesamtkreditbetrag, den effektiven Zinssatz, Anzahl und Höhe der Rückzahlungsraten. Darüber hinaus werden dem Verbraucher das Recht auf Widerruf eines bereits geschlossenen Kreditvertrags ohne Angabe von Gründen und ohne Konventionalstrafe eingeräumt sowie das Recht auf vorzeitige Rückzahlung zu jedem beliebigen Zeitpunkt während der Vertragslaufzeit. Die Richtlinie soll Anfang 2010 umgesetzt werden. Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/55&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=en>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Bessere Nutzung von Binnenwasserstraßen

Europa soll seine Binnenwasserstraßen noch besser nutzen. Laut einem ersten Bericht über das 2006 angelaufene Aktionsprogramm "NAIADES" kommt die Europäische Kommission zu dem Ergebnis, dass das Potenzial von Binnenwasserstraßen besser genutzt werden müsse, um Verkehrsströme von den völlig überlasteten Verkehrskorridoren abzuziehen. Es seien jedoch weitere Maßnahmen erforderlich, um die Leistungsfähigkeit der Binnenschifffahrt zu erhöhen und in die Logistikkette zu integrieren.

Weitere Einzelheiten unter

http://ec.europa.eu/transport/iw/index_de.htm

Vorbereitung einer Gesundheits- Dienstleistungsrichtlinie

Der Entwurf einer „Gesundheitsdienstleistungs-Richtlinie“ wird vorbereitet. Der ursprünglich für 2007 angekündigte Entwurf soll nun im Frühjahr 2008 vorgelegt werden. Bereits im Herbst letzten Jahres hatte die Europäische Kommission ihre gesundheitspolitische Strategien festgelegt und ein Panorama zukünftiger Aktionsfelder und konkreter Maßnahmen dargestellt. Das Weißbuch unter

http://ec.europa.eu/health/ph_overview/Documents/strategy_wp_de.pdf

Reduzierung des Straßenverkehrslärms

Die EU testet in dem Projekt SILENCE Techniken und Strategien zur Reduzierung von Umgebungslärm. Dabei geht es vor allem um Verringerung des Oberflächenlärms in Stadtgebieten. Da sich das Projekt dem Abschluss nähert, führt die Bundesanstalt für Straßenwesen am 28. und 29. Mai 2008 in Bergisch-Gladbach eine Konferenz durch, in der die Ergebnisse des Projektes vorgetragen werden. Eingeladen sind insbesondere auch Behörden, die für Stadtplanung und Verkehrsmanagement zuständig sind. Das Programm der kostenlosen Veranstaltung kann im Internet abgerufen werden unter

http://www.silence-ip.org/site/fileadmin/SP_J/Final_training_event_May2008/SILENCE_Conference_first_announcement_0208.pdf

Versendung von SMS aus dem Ausland sollen billiger werden

Die Kosten der Versendung von SMS im Inland betragen in der EU zwischen 5 und 10 Cent, aus dem Ausland in die Heimat jedoch zwischen 29 und 50 Cent. Die Europäische Kommission hatte bereits 2007 die Kosten für Handytelefonate aus dem Ausland drastisch gesenkt. Nun sollen auf freiwilliger Basis bis zum 1. Juli 2008 auch die Roamingpreise für SMS auf einen Endkundenpreis von maximal 12 Cent pro SMS gesenkt werden; andernfalls will die Kommission bis Ende 2008 per Verordnung eine deutliche Preissenkung durchsetzen. Mehr zu diesem Thema (englisch) unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/08/70&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

SEPA, IBAN, BIC und EAPS

Seit Ende Januar gibt es in der EU einheitliche Regeln für den bargeldlosen Zahlungsverkehr. Überweisungen können jetzt grenzüberschreitend in gleicher Weise abwickelt werden wie Inlandsüberweisungen und kosten ebensoviel. Statt der nationalen Kontonummer und Bankleitzahl werden nun europaweit jeweils die internationale Kontonummer (IBAN) und der einheitliche Bankcode (BIC) verwendet. Die deutschen Kreditinstitute haben bereits 2003 IBAN und BIC eingeführt und informieren darüber auf den Kontoauszügen. Bis 2009 soll weitergehend auch die technischen Voraussetzungen für die Einführung eines europaweiten Lastschriftverfahrens geschaffen werden. Mit SEPA (Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum) sind zugleich die Voraussetzungen für einen einheitlichen europäischen Kreditkartenmarkt (EAPS) geschaffen worden. Diese „Begleiterscheinung“ von SEPA – die in ganz Europa akzeptierte EC Karte - wird dem Urlaubsbürger besonders wichtig werden. Weitere Einzelheiten unter http://ec.europa.eu/internal_market/payments/sepa/index_de.htm

Forderung nach Straßenbenutzungsgebühren

Das Europäische Parlament fordert eine City-Maut sowie Straßenbenutzungsgebühren. Bereits 2005 hat das Verkehrsaufkommen fast 25 % zu den Treibhausgasemissionen der EU beigetragen. Und die Energienachfrage im Verkehrssektor wird bis 2030 mindestens um 30 % ansteigen. Diesem Trend soll durch Straßenbenutzungsgebühren und die City-Maut begegnet werden, aber auch durch die Förderung neuer Lösungen zur Optimierung der privaten PKW-Nutzung wie Carsharing, Carpooling und Konzepte für Heimarbeitsplätze. Angedeutet wird die "allmähliche Einführung" der Maut für alle Verkehrsmittel. Pressebericht vom 11. März 2008:

http://www.europarl.de/presse/pressemitteilungen/quartal2008_1/PM_080311_1c

Keine EU-weit einheitliche Körperschaftssteuer

Bei einer EU-weit einheitlichen Körperschaftssteuer würden allein in Deutschland multinationale Konzerne bis zu 3,2 Mrd. Euro (12,5 %) weniger an Bund, Länder und Gemeinden abführen. Europaweit würde das Steueraufkommen aus Konzerngewinnen um etwa 4,5 % sinken. Eine Einigung auf eine entsprechende EU-Richtlinie ist daher unwahrscheinlich. Durch die Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen soll verhindert werden, dass internationale Unternehmen steuerpflichtige Gewinne in Niedrigsteuerrländer verlagern. Die Spanne der Steuersätze reicht in der EU von 10 % in Zypern bis 35 % in Malta. Über die Folgen einer einheitlichen Berechnungsgrundlage berichtete das Handelsblatt Anfang März. Grundlage ist eine wissenschaftliche Analyse der Uni Göttingen (Andreas Poppe), die Daten von 130.000 Unternehmen untersucht und die steuerpflichtigen Gewinne zu gleichen Teilen nach dem Verhältnis der Lohnsumme, des Umsatzes und des Anlagevermögens auf die Steuerhoheiten verteilt hat. Der Beitrag im Handelsblatt:

<http://www.handelsblatt.com/News/Politik/Deutschland/ pv/ p/200050/ t/ft/ b/1398522/default.aspx/neue-steuerregel-bedroht-deutschen-etat.html>

EU-Erweiterung

Türkei-Beitritt noch teurer als erwartet

Ein Beitritt der Türkei zur Europäischen Union käme die EU teurer zu stehen als bislang gedacht. Bei einer EU-Mitgliedschaft der Türkei fließen allein aus den Fördertöpfen der Strukturpolitik 30 % mehr Geld als bislang vom Europäischen Parlament angenommen, die Türkei erhielte etwa 20 Milliarden Euro jährlich. Damit würden etwa 40 % der europäischen Fördergelder in die Türkei fließen. Hintergrund der Kostenerhöhung ist die erfolgte Anpassung der türkischen Statistik an das europäische System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Die finanzielle Dimension eines möglichen Türkei-Beitritts darf nicht länger ignoriert werden. Aber auch in anderen Bereichen weist die Türkei deutliche Defizite auf. So ist kürzlich der EU-Erweiterungskommissar in die Kritik geraten, weil er die Verhandlungen mit der Türkei auch ohne die notwendige Reform des Verfassungsparagraphen 301 fortsetzen will. Dieser Paragraph schränkt die Meinungsfreiheit in der Türkei massiv ein. Es reicht nicht aus, wenn Reformansätze nur auf dem Papier stehen. Fortschrittsbericht der Türkei (in Deutsch, inoffizielle Übersetzung):

http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2007/nov/turkey_progress_reports_courtesy_transl_de.pdf

Unterstützung für EU-Mitgliedschaft Kroatiens

Anfang März hat der Auswärtige Ausschuss des Europäischen Parlaments über den Fortschrittsbericht 2007 bezüglich des Beitritts Kroatiens zur Europäischen Union abgestimmt. Das Europäische Parlament stellte dabei klar, dass es eine endgültige Entscheidung über den Beitritt noch vor den nächsten Europawahlen im Juni 2009 treffen soll, damit der Ratifizierungsprozess in den Mitgliedstaaten so schnell wie möglich beginnen kann. Fortschrittsbericht (in Deutsch, inoffizielle Übersetzung):

http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2007/nov/croatia_progress_reports_courtesy_transl_de.pdf

Starkes Signal für EU-Mitgliedschaft Mazedoniens

Ende April hat das Europäische Parlament in Straßburg über den aktuellen Fortschrittsbericht zu Mazedonien abgestimmt und sich dabei für eine baldige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen ausgesprochen. Äußerst problematisch ist weiterhin der Konflikt mit Griechenland in der Frage des Staatsnamens der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Beide Seiten haben in den letzten Wochen Zugeständnisse gemacht, müssen aber weiterhin aufeinander zugehen. Natürlich steht Mazedonien erst am Anfang des Weges in die EU. Dieser darf aber durch ein erneutes Veto Griechenlands nicht vollständig blockiert werden, denn der Bericht zeigt deutlich auf, welche Bemühungen das Land bereits auf sich genommen hat. Fortschrittsbericht Kroatien (in Englisch):

http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2007/nov/tyrom_progress_reports_en.pdf

Kommunales

Umweltfreundliche Fahrzeuge

Die Kommunen sollen verpflichtet werden, umweltfreundliche Fahrzeuge anzuschaffen. Mit einem Richtlinienvorschlag hat die Europäische Kommission ihren 2006 vom Europäischen Parlament zurückgewiesenen Vorschlag in erweitertem Umfang erneuert. Demnach soll jetzt die Beschaffungs-Richtlinie nicht nur für Busse und Nutzfahrzeuge, sondern für alle Fahrzeugkategorien gelten. Die Lebenszykluskosten für CO₂- und Schadstoffemissionen sowie der Kraftstoffverbrauch sollen als Vergabekriterien Berücksichtigung finden. Nach Feststellung der Kommission werden von öffentlichen Stellen in der EU jährlich ca. 110.000 Pkw, 110.000 leichte Nutzfahrzeuge, 35.000 Lkw und 17.000 Busse angeschafft. Die neuen Vergabekriterien sollen zunächst fakultativ, ab 2012 dann aber verbindlich vorgeschrieben werden. Die Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1962&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

CO₂-Ziel übertreffen

Die Städte sollen freiwillig die CO₂-Emissionen um mehr als 20 % senken. Das ist das Ziel eines von der Kommission Anfang Februar gegründeten und koordinierten Konvents der Bürgermeister/Innen. Die beitretenden Städte sollen sich verpflichten, über die Ziele der EU zur CO₂-Senkung für 2020 hinauszugehen. Die im Konvent vertretenen Kommunen sollen Energie-Tage organisieren und die Konventsmitglieder sollen an dem jährlichen europäischen Konventstreffen teilnehmen. Schließlich soll der Tätigkeit des Konvents in den Förderprogrammen Priorität eingeräumt werden. Die Überwachung und Überprüfung erfolgt durch jährliche Bewertungsberichte. Der endgültige Text soll am 30.06.2008 veröffentlicht werden. Weitere Informationen zum Konvent:

http://ec.europa.eu/energy/climate_actions/mayors/doc/mayors_covenants_de.pdf

Weitere Einzelheiten (englisch) unter

http://ec.europa.eu/energy/climate_actions/mayors/index_en.htm

Förderung und Termine

Comenius-Programm

Eine Studie belegt, dass Schulpartnerschaften den Lernerfolg teilnehmender Schüler erhöhen und in den Schulen eine bessere Lehr- und Lernumgebung schaffen. Die Europäische Union unterstützt im Rahmen des Comenius-Programms nachdrücklich solche Partnerschaften. Die Hauptwirkungen entstehen in der konkreten Arbeit in den Projekten. Die Studie kommt aber auch zu dem Ergebnis, dass die institutionelle Wirkung oft zeitlich begrenzt ist und sich mit dem Ausscheiden vor allem der Schüler aber auch der Lehrer verliert. Daher sollte dem längerfristigen Effekt der Comenius-Schulpartnerschaften in Zukunft mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/82&format=HTML&aged=0&language=DE>

Die Studie (77 Seiten, deutsch):

http://ec.europa.eu/education/doc/reports/doc/comeniusreport_de.pdf

Sportförderung durch die Europäische Kommission

Die Kommission will u. a. den Bau von Sportanlagen stärker fördern. Grundlage wird der Vertrag von Lissabon sein, der die Förderung des Sportes vorsieht. Daher sollen, so einem Pressebericht der Leiter des Sportreferats der Kommission zufolge, künftig mehr EU-Gelder für Sportanlagen zur Verfügung gestellt werden. Voraussetzung sei, dass im nächsten Jahr der Vertrag von Lissabon ratifiziert wird. Angedacht sei u. a. auch die EU-Förderung des Baus von Radwegen und bei Übergewicht die Finanzierung ärztlich verordneter Bewegungstherapien.

Grenzregionen gestalten Europa

Die EU fördert 2007 - 2013 mit insgesamt 138 Mio. Euro das Zusammenwachsen der deutsch-niederländischen Grenze unter dem Motto "Grenzregionen gestalten Europa". Allein die Euregio in Gronau kann so bis 2013 insgesamt 42 Mio. Euro aus dem EU-Topf in grenzüberschreitende Projekte investieren. Sowohl wirtschaftliche Zusammenarbeit als auch grenzüberschreitende Ausbildung und Infrastruktur und schließlich gemeinsame Maßnahmen zur öffentlichen Sicherheit stehen auf der Förderliste. Seit Februar 2008 liegen die neuen Antragsformulare vor.

<http://www.euregio.de/cms/publish/content/showpage.asp?themeid=30>

Regionales

Arbeit für das Münsterland

Bei meiner Arbeit in Straßburg und Brüssel möchte ich selbstverständlich die Interessen des Münsterlandes stärken. Dazu beispielhaft einige regionale Aktivitäten/Ortstermine der vergangenen Wochen:

- EU-Regionalpolitik für das Münsterland, Greven
- Finanzierung des CDU-CDA-Euregio-Verbands, Gronau
- DSL-Förderung im ländlichen Raum, Düsseldorf
- Betriebsbesichtigung Sula-Bonbonfabrik, Metelen
- Richard-von-Weizäcker Berufskolleg, Dülmen
- 50 Jahre Euregio, Rheine
- Gewerbeschau Gemeinde Lotte
- Diskriminierung der Bahei-Gemeinde, Münster
- Aktionstag "EU an den Schulen" in Burgsteinfurt, Rheine und Lotte
- Vorträge/Arbeitsgespräche u. a. bei kommunalen Einrichtungen und CDU-Verbänden in Münster, Metelen, Borken, Coesfeld, Heek, Ibbenbüren, Saerbeck

Zu Besuch in Straßburg und Brüssel

Folgende Besuchergruppen waren bei mir in den letzten Wochen zu Besuch im Europäischen Parlament in Brüssel bzw. Straßburg:

- Schüler und Schülerinnen des Berufskollegs Warendorf
- Freundes- und Kulturkreis Lengerich
- Schüler und Schülerinnen des Mariengymnasiums Bocholt

Bilder der Gruppen finden Sie auf meiner Homepage: www.markus-pieper.eu

Zu guter Letzt ...

Merkel erhält Karlspreis 2008

Unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel ist am 1. Mai mit dem Internationalen Karlspreis der Stadt Aachen für ihre Verdienste um die europäische Einigung ausgezeichnet worden. Unter Merkels Führung ist es im vergangenen Jahr der Europäischen Union gelungen, einen Weg aus der Sackgasse nach dem Scheitern des EU-Verfassungsreferendums in Frankreich und in den Niederlanden zu finden. Unter der deutschen Ratspräsidentschaft habe sich Europa aus der Schockstarre gelöst, lautete die Begründung. Laudator bei der Vergabe war Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy.

Der Karlspreis gilt als eine der bedeutendsten Auszeichnungen Europas. Er wird seit 1950 für besondere Verdienste um die europäische Einigung verliehen.

<http://www.karlspreis.de/>